

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 36/39
Telex: 888 646 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Heinz Köhler MdEP
zur EG-Initiative IN-
TERREG: Die Probleme
der Grenzregionen
überwinden.

Seite 1

Peter Conradi MdB zur
anhaltenden Prozeß-
welle gegen Mitglieder
der Friedensbewe-
gung: Amnestie für
Anti-Raketen-Demon-
stranten.

Seite 3

Ernst Haar MdB zur
Notwendigkeit, den
Gepäckdienst der Bahn
zu effektiveren: Chaos
im DB-Kleingutverkehr
verprellt Bahnkunden.

Seite 4

Hans Büchler MdB zu
dem Buch von Herles
und Rose über die
jüngste Entwicklung in
der DDR: Vom Runden
Tisch zum Parlament.

Seite 5

45. Jahrgang / 113

18. Juni 1990

Die Probleme der Grenzregionen überwinden Zur EG-Initiative INTERREG

Von Dr. Heinz Köhler MdEP

Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament begrüßt die Gemeinschaftsinitiative INTERREG ausdrücklich. Mit diesem Programm wird einer wiederholten Forderung der Sozialistischen Fraktion Rechnung getragen. INTERREG wird einen wesentlichen Beitrag leisten, die Probleme der Grenzregionen lösen zu helfen.

INTERREG muß allerdings zwei unterschiedlichen Problemlagen gerecht werden. Einmal den Grenzregionen an den Binnengrenzen und zum anderen an den Außengrenzen, die gerade im Hinblick auf die Zukunft unterschiedliche Entwicklungen erwarten lassen.

Wir stimmen mit der Kommission überein, daß die Grenzregionen an den Binnengrenzen nach Schaffung des Binnenmarktes mit einer Gemeinschaft ohne interne Grenzen große Chancen besitzen. Zum Teil jahrhundertalte Behinderungen in der Entwicklung durch die Randlage beziehungsweise eines unterschiedlichen gesellschaftlichen, rechtlichen wie wirtschaftlichen Rahmens werden überwunden beziehungsweise vermindert werden. Daher ist es wichtig, die bestehenden Defizite für eine gedeihliche Entwicklung bis zur Vollendung des Binnenmarktes abzubauen. Hierbei sehen wir in INTERREG einen geeigneten Ansatzpunkt.

Allerdings legt die Sozialistische Fraktion Wert darauf, daß die Förderungen nicht dazu führen dürfen, daß einer ungezügelter Entwicklung Tür und Tor geöffnet wird. Die Berücksichtigung umweltschutzrelevanter Gesichtspunkte muß gerade hier, wo zum Teil noch unterschiedliche Anforderungen beidseits der Grenzen bestehen, eine ganz besondere Rolle spielen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erfindung: Linotype
auf veredeltem Rohstoff
Recycling-Papier



Eine besondere Bedeutung messen wir innerhalb des Programms den Regionen an den Außengrenzen bei. Wir teilen hier die Analyse der Kommission, daß durch den Binnenmarkt die Gefahr besteht, daß der Abstand zwischen den Entwicklungsregionen und den Randregionen sich eher vergrößert als verringert wie es eigentlich gewünscht und gewollt ist. Diese Einschätzung wird auch belegt durch ein im März dieses Jahres von der Kommission in Auftrag gegebenes Gutachten des IFO-Instituts in München, das zum Ergebnis kommt, daß sich durch den Binnenmarkt die regionalen Differenzen vergrößern und hier wiederum speziell zum Nachteil der Randregionen.

Nicht außer Acht lassen darf man auch die geplante Wirtschafts- und Währungsunion, von der wiederum eher Nachteile im Verhältnis zu den besser entwickelten Regionen erwartet werden.

Deswegen ist es dringend erforderlich, bei der Förderung der Grenzregionen an den Außengrenzen einen Schwerpunkt zu setzen, sollen diese Grenzregionen nicht zu den Verlierern des Binnenmarktes werden. Aus diesem Grund erhalten wir eine Aufstockung des Programms für zwingend geboten. 700 Millionen ECU sind bei der Bedeutung dieses Programms für die Grenzregionen absolut unzureichend, weswegen die sozialistische Fraktion eine Aufstockung um 150 Millionen ECU auf 850 Millionen ECU als zwingend notwendig erachtet. Deswegen widersprechen wir auch einer weiteren räumlichen Ausweitung, weil ansonsten INTERREG seine Zwecke nicht erreichen kann.

Ein Sonderproblem stellen die Außengrenzen zu den ost- und mitteleuropäischen Staaten wie der DDR dar, das bei Verabschiedung des Programms durch die Kommission im November 1989 in seiner revolutionären Veränderung noch nicht überschaubar war. Hinsichtlich der DDR halten wir eine umgehende Einbeziehung der Grenzregionen für geboten, um eine reibungslose Überbrückung der 40 Jahre undurchdringlichen Grenze zu erreichen. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten (CSFR, Jugoslawien, Bulgarien und - später nach der staatsrechtlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten - Polen) halten wir im Hinblick auf die besondere Situation ein eigenes Programm für angebracht, das allerdings nicht aus den Strukturfonds finanziert werden darf.

Auf einen weiteren wesentlichen Punkt gilt es hinzuweisen: Die Einbeziehung der regionalen und lokalen Körperschaften im Rahmen der Erarbeitung der operationellen Programme durch die Mitgliedstaaten. Dies ist zwar ein - wenn auch leider oft zu wenig beachteter - allgemeiner Grundsatz in der europäischen Regionalpolitik. Er muß aber gerade bei INTERREG besondere Berücksichtigung finden, weil es sich hier um die Förderung regionaler und lokaler Kooperationen handelt, wobei die regionalen und lokalen Körperschaften ein ganz besonderes Gewicht haben müssen, wenn die Kooperationen erfolgreich sein sollen.

Wir möchten allerdings nicht so weit gehen, im Falle nicht ausreichender Beteiligung Sanktionen dergestalt gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten, daß die Fördermittel gestoppt werden. Das wäre letztlich eine Politik gegen die Grenzregionen und widerspräche seinerseits dem Prinzip der Zusammenarbeit.

Abschließend bewerten wir INTERREG sehr positiv und sind der Überzeugung, daß zusammen mit weiteren Gemeinschaftsinitiativen in ähnlicher Richtung der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt, wie er im Vertrag zum Ausdruck kommt, erreicht werden kann.

(-/18.6.1990/rs/ks)

Amnestie für Anti-Raketen-Demonstranten
Zur anhaltenden Prozeßwelle gegen Mitglieder der Friedensbewegung

Von Peter Conradl MdB

Kaum zu glauben: Noch immer werden im "Musterland" Baden-Württemberg Woche für Woche Demonstranten der Friedensbewegung wegen ihrer Proteste gegen die Stationierung von Atomraketen verurteilt.

Die Demonstrationen liegen sieben und mehr Jahre zurück, die Raketen, gegen die damals die Friedensbewegung demonstrierte, sind nach den Abrüstungsvereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR inzwischen abgezogen. Aber die Richter in Schwäbisch Gmünd und Ellwangen verurteilen stramm weiter wegen Nötigung. Wie sagte doch ihr großes Vorbild, der unsägliche Marinerichter a.D. Hans-Karl Filbinger: Was damals Recht war, muß auch heute Recht bleiben. Bei Parteispendenprozessen hingegen ist die baden-württembergische Justiz weit zahmer, da schlüpfen die großen Fische leicht durch die weiten Maschen der Gesetze.

Mehr als hundert Menschen sind bis jetzt in die Gefängnisse gegangen, um wegen Nötigung verhängte Ersatzstrafen abzubüßen.

Ein Beispiel: eine schwangere Frau mit einem acht und einem viereinhalb Jahre alten Kind muß für 20 Tage zu einer Ersatzfreiheitsstrafe ins Gefängnis. Bei mehr als einem NS-Mörder hat die deutsche Justiz eifertig Haft-, ja sogar Verhandlungsunfähigkeit festgestellt. Bei Friedensdemonstranten hingegen ist sie unnach-sichtig.

Im Blick auf die DDR wird diese Praxis vollends makaber. Dort haben Hunderttausende von Menschen in gewaltlosen, nicht angemeldeten und nicht genehmigten Demonstrationen gegen den Unrechtsstaat DDR demonstriert und die SED-Diktatur zu Fall gebracht. Nach den Grundsätzen der baden-württembergischen Richter müßten diese Demonstranten ausnahmslos wegen Nötigung verurteilt werden, denn sie haben in vielen Städten stundenlang den Verkehr stillgelegt. Wir in der BRD sind stolz auf die Menschen in der DDR, die mit ihren Demonstrationen den SED-Staat zum Einsturz brachten.

Aber gleichzeitig werden BürgerInnen unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats von bornierten Richtern unter Mißbrauch des Nötigungsparagraphen ins Gefängnis geschickt. Und die Verfassungsrichter in Karlsruhe bestätigen diese Praxis!

Da hilft nur eins: Wir brauchen in der Bundesrepublik eine Amnestie für die "Straftaten" im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Wenn die Justiz nicht in der Lage ist, diese Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen oder durch Ordnungsstrafen wegen Verkehrsbehinderung zu Ende zu bringen, muß der Gesetzgeber tätig werden. Die SPD muß vor der Bundestagswahl klar machen, daß sie dieses traurige Kapitel nach der Wahl durch eine breite Amnestie beenden wird, so wie das vor zwanzig Jahren für die Demonstrationsstraftaten der 68er Bewegung geschah. Eine solche Amnestie ist für den Rechtsfrieden in unserem Land unerlässlich.

(-/18.6.1990/rs/ks)

**Chaos im DB-Kleingutverkehr verprellt Bahnkunden
Zur Notwendigkeit, den Gepäckdienst der Bahn zu effektivieren**

**Von Ernst Haar MdB
Bahnpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Ich habe den Vorstand der Deutschen Bundesbahn aufgefordert, gegen die bundesweit eingetretenen erheblichen Verzögerungen im Kleingutverkehr der DB unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um weiteren Kunden- und Imageverlust der Bahn abzuwenden. Nachstehend der Wortlaut des Fragenkatalogs, der in einem Fernschreiben an den Vorstandsvorsitzenden der DB, Dr. Gohlke, gerichtet wurde:

1. Was sind die tatsächlichen Ursachen für unhaltbare Verzögerungen zwischen Aufgabe von Reisegepäck im Bahnhof und Ankunft im Zielort seit Einführung der Neuorganisation des Gepäckdienstes?
2. Ist die Kleingut-Neukonzeption unausgereift?
3. Was unternimmt das Bahnmanagement zur unverzüglichen Beseitigung dieser Mängel?
4. Welche Kosten entstehen der Bundesbahn durch Kundenforderungen auf angemessene Entschädigung?
5. Wie hoch ist der absehbare Schaden durch Kundenabwanderungen aufgrund der bestehenden Mängeln zu veranschlagen?
6. Welche Maßnahmen ergreift der Vorstand der DB zur Behebung des bestehenden Personalstands und fehlender Transporteinheiten?
7. Welche Initiativen ergreift die Bahnverwaltung zum Schutz hiervon betroffener Eisenbahner, die den Auswirkungen dieser kontraproduktiven Entwicklung ausgesetzt sind?

Ich beabsichtige, nach Vorliegen der bahnseitigen Stellungnahme weitere parlamentarische Schritte einzuleiten.

(-/18. Juni 1990/rs/ks)

Vom Runden Tisch zum Parlament
Zu dem Buch von Harles und Rose über die jüngste Entwicklung in der DDR

Von Hena Büchler MdB
Deutschlandpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das jüngst im Bouvier-Verlag erschienene Dokumentationswerk "Vom Runden Tisch zum Parlament" ist eine ebenso sorgfältig recherchierte wie spannend zu lesende Lektüre über den schwierigen Weg von einem scheindemokratischen und erstarrten SED-Regime zu den Anfängen lebendig-demokratischer Auseinandersetzungen in der DDR.

Lesenswert ist das Buch in allen Dokumentationsstellen: Vor allem aber durch die Aufzeichnung der Beschlüsse und Ergebnisse der Diskussionen des Runden Tisches, der in der für die DDR so schwierigen Übergangsphase vom 7. Dezember 1989 bis zum 12. März 1990 insgesamt 16 Mal zusammenfand. Kaum ein Thema von Relevanz bleibt ausgespart: Die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Nutzung der Staatsjagdgebiete und der ehemaligen Sperrgebiete. Über das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnen wird erschöpfend diskutiert, über Nationalparks und das Kernkraftwerk Greifswald, über die Lage der Kinder und Jugendlichen der DDR und über die ökologische Forschung. Es werden die Arbeiten des Runden Tisches protokolliert - selbstverständlich fehlt nicht die Auflistung seiner personellen Zusammensetzung -, es werden Schlüsselszenen des unroutinierten Anfangs spürbar, mithin die Einübung in Techniken und Methoden der parlamentarischen Demokratie nachvollziehbar.

Diese Protokolle zu lesen, heißt denn auch sich auf den politischen Ausfallstraßen einer bisher verkrusteten Gesellschaft in ihre bessere Zukunft zu bewegen. Die Formationsmonate nach dem alten, diktatorisch-korrupten SED-Regime werden transparent. Einblick in die Protokolle des Runden Tisches nehmen zu können, bedeutet gewichtige Fakten über das Parallelogramm der neu entstehenden politischen Kräfte in der DDR zusammenzutragen. Das Buch ist eine kaum zu ersetzende Lektüre für den geschichtlich interessierten Zeitgenossen und für den Politikwissenschaftler, für den Laien und den anspruchsvollen Theoretiker.

Im Selbstverständnis des Runden Tisches (1. Sitzung vom 7. Dezember 1989) heißt es: "Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in die Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung. Sie fordern die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finan-

ziellen Situation in unserem Land." So werden auch über weite Strecken unterschiedliche Töne hörbar, nicht allerdings das Niederdröhnen mit brutaler Rednervehemenz, sondern ein weitgehendes Verstehen und gemeinsames Ringen um gute Lösungen für ein wirtschaftlich heruntergekommenes Land, so daß ein kleines Lehrbuch der Dialektik und des Gesprächs entstand.

Der Band enthält außerdem die Präambel des Koalitionsvertrages in der DDR, die Wahl der Volkskammerpräsidentin und des Ministerpräsidenten, die gemeinsame Erklärung der Volkskammer über die Verantwortung der Deutschen vor ihrer Geschichte und die erste Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maiziere.

Schließlich werden die Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl und die drei Moderatoren des Runden Tisches, Monsignore Dr. Karl-Heinz Ducke, Pastor Martin Lange und Oberkirchenrat Martin Ziegler, in Kurzbiographien vorgestellt und in teilweise spannend zu lesenden Interviews zu den Entwicklungen in der DDR befragt.

"Vom Runden Tisch zum Parlament" ist von den beiden Autoren Helmut Herles und Ewald Rose als Fortsetzung zu den "Parlaments-Szenen einer deutschen Revolution" gedacht, und wer den hervorragenden zeitgeschichtlichen Essay zur Einleitung liest, dem wird klar, wie sehr die demokratische Revolution in der DDR als klassischer Akt eines Dramas aufgefaßt werden kann. Helmut Herles ist FAZ-Korrespondent in Bonn und wie kaum ein anderer mit politischen Intimitäten vertraut, Ewald Rose ist freier Journalist und in vieler Hinsicht mit einem besonderen Gespür für das Ungewöhnliche im Zentrum der Macht begabt, so daß auch ihr jüngstes Buch ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Geschichte der deutschen Einigung leisten wird. In "Vom Runden Tisch zum Parlament" wird viel spürbar vom Ringen verantwortlicher Menschen um eine bessere, dem Menschen gerechtere Staatsform.

Helmut Herles/Ewald Rose: Vom Runden Tisch zum Parlament. 482 Seiten. DM 38,00,
Bouvier-Verlag, Bonn 1990.

(-/18.6.1990/ra/ka)
